

Position

Position Unterricht mit Flüchtlingskindern und -jugendlichen



Der VBE Hessen sieht Integration nicht alleine als Aufgabe der Schulen.

Die Schule ist der zentrale Ort für die Bildung und die Integration junger Flüchtlinge. Dort wird nicht nur Sprache und Fachwissen gelehrt, sondern auch ein friedliches und menschliches Miteinander gelebt und vorgelebt. Deshalb brauchen Schulen alle erdenkliche Unterstützung, um die schulische Integration der vielen Flüchtlingskinder und -jugendlichen leisten zu können.

Gleichzeitig sind Schulen aber nicht der einzige Ort, an denen Integration möglich und nötig ist. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nicht alleine bei den Schulen abgeladen werden darf. Zahlreiche Vereine und Initiativen sind durchaus willens, hier mitzuhelfen oder tun dies bereits. Deshalb müssen auch sie von den politischen Entscheidungsträgern in den Kommunen und auf Landesebene (finanziell) unterstützt werden.

Unter den derzeitigen Umständen im Schulalltag kann die Integration nur schwer gelingen:

1. Lehrer-Mangel in Hessen

Das Land Hessen hat zwar im Jahr 2016 für die Beschulung der sogenannten Seiteneinsteiger 800 Lehrerstellen eingeplant, 2017 sollen weitere 1.000 folgen.

Doch: Bereits jetzt gelingt es kaum, die zur Verfügung stehenden Stellen mit voll ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen; selbst für Stellen in Regelklassen werden händeringend Lehrerinnen und Lehrer gesucht. Noch schwieriger ist es, Lehrkräfte zu gewinnen, die (auch) DaZ unterrichten können, besonders wenn sie nur zeitlich befristet eingestellt werden sollen.

Bei alledem ist Hessen im bundesweiten Wettbewerb um den Nachwuchs im Nachteil:

Die höchste Arbeitszeit im Beamtenbereich bei gleichzeitig unterdurchschnittlicher Besoldung macht das Lehramt in Hessen nicht gerade attraktiv.

2. Fehlende Qualifikation und Unterstützung der Lehrkräfte

Kinder und Jugendliche, die noch nicht oder nur sehr wenig Deutsch sprechen und die darüber hinaus traumatische Erlebnisse hinter sich haben, lassen sich nicht einfach „nebenbei“ beschulen. Den meisten Schulen fehlt es schon an der Zeit, ein Konzept für den Umgang mit den neuen Anforderungen zu entwickeln, noch dazu fehlt ihnen das notwendige Wissen. Die Folge ist, dass viele Schulleitungen und Lehrkräfte sich schlicht überfordert fühlen. All das schlägt sich auch in der Qualität des Unterrichts nieder.

Gleichzeitig erhalten die Kinder und Jugendlichen nicht die intensive Zuwendung, die sie dringend benötigen. Eine weitere Schwierigkeit ist, dass die Seiteneinsteiger keine homogene Gruppe bilden: Sie kommen nicht nur aus Kriegs- und Krisengebieten wie Syrien und Afghanistan, sondern auch aus dem europäischen Ausland (z.B. Rumänien). Die Kinder und Jugendlichen sind unterschiedlich alt, haben unterschiedliche kulturelle Prägungen, einen unterschiedlichen Bildungsstand und unterschiedliche Erfahrungen mit Bildungseinrichtungen. Viele haben wegen des Krieges in ihrem Heimatland und langer Fluchtwege noch nie eine Schule besucht. Sie müssen erst einmal alphabetisiert werden und sich an grundlegende Regeln des Schulalltags gewöhnen, zum Beispiel pünktlich zum Unterricht zu erscheinen, Bücher und Hefte mitzubringen und (Haus-)Aufgaben zu erledigen.

3. Platzmangel an den Schulen

An zahlreichen Schulen wurden Intensivklassen und Intensivkurse eingerichtet, damit die Flüchtlingskinder und -jugendlichen beim Deutsch-Lernen möglichst schnell vorankommen.

Das Problem: Vor allem die Schulen in den Ballungsgebieten haben vormittags nicht genügend freie Räume, so dass die Intensivklassen und -kurse häufig nur am Nachmittag unterrichtet werden können. Das aber ist kontraproduktiv für alle Integrationsbemühungen!

Um die Integration im Schulalltag leisten zu können, muss sich einiges ändern. Für den VBE Hessen ergeben sich aus der derzeitigen Situation die folgenden Forderungen:

1. Aus-, Fort- und Weiterbildung

- Themen wie Interkulturalität und die Beschulung von Seiteneinsteigern sowie das Fach Deutsch als Zweitsprache (DaZ) müssen in der Lehrerausbildung fest verankert werden.
- Lehrkräfte, die bereits im Schuldienst sind, müssen kurzfristig Fortbildungen zu DaZ und anderen notwendigen Kompetenzen für den Unterricht mit Flüchtlingskindern und -jugendlichen besuchen können. Das erhöht die Chancen, dass Lehrerinnen und Lehrer die neuen Herausforderungen positiv angehen und den Unterricht mit Flüchtlingskindern und -jugendlichen nicht nur als Belastung wahrnehmen.
- Allerdings begreift der VBE Hessen solche kompakten Schulungen nur als Notlösung; sie sind kein Ersatz für fundierte Aus- und Fortbildung.
- Mittelfristig müssen Fortbildungen zu Themen wie Interkulturelle Kommunikation, Alphabetisierung und verwandte Themen in den Fortbildungsprogrammen stärker berücksichtigt werden.

2. Arbeit in multiprofessionellen Teams

- In die Schulen müssen mehr Fachkräfte entsandt werden, die gleichzeitig Lehrerinnen und Lehrer entlasten sowie die jungen Flüchtlinge begleiten und fördern können. Die zweite Kraft braucht nicht eine Lehrkraft sein, je nach Bedarf können Therapeuten, Sozialpädagogen oder Psychologen eingesetzt werden.
- Falls die Schule Supervision wünscht, muss dies rasch bewilligt werden.

3. Zeitliche Entlastung für Schulleitungen und Lehrkräfte

Schulleitungen und Lehrkräfte verwenden viel Zeit auf die Integration der jungen Flüchtlinge in die Schule und das Umfeld. Dazu gehören zum Beispiel Absprachen mit den (geflüchteten) Familien, Kolleginnen und Kollegen, Behörden, Vereinen, Freiwilligen. Dafür müssen Schulleitungen, Lehrkräfte und die Schulverwaltung (inkl. Sekretariate) in deutlichem Umfang Anrechnungsstunden erhalten.

4. Unterrichtsmaterialien

Der Unterricht für und mit Flüchtlingskindern und -jugendlichen erfordert besondere Unterrichtsmaterialien. Diese müssen schnell und unbürokratisch bereitgestellt und aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

5. Eingangstests, Abschlussprüfungen und Zertifikate

Viele der „Seiteneinsteigerinnen“ und „Seiteneinsteiger“ legen Zeugnisse oder Bescheinigungen über Schulbesuche und –abschlüsse vor, die wenig über die vorhandenen Kenntnisse und Fähigkeiten aussagen oder bei denen sogar fraglich ist, ob sie echt sind. Das macht aus Sicht des VBE Hessen Eingangstests erforderlich, besonders an den Gymnasien. Der VBE Hessen sieht sonst die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe zugelassen werden, die dort schlimmstenfalls scheitern.

Auch die Haupt- und Realschulen müssen sich auf die neuen Schülerinnen und Schüler einstellen: Die geltenden Prüfungsanforderungen zum Ende der Haupt- oder Realschulzeit nehmen auf deren Lebensumstände bislang keine Rücksicht. Die Zeit bis zum Ende der Schullaufbahn (in manchen Fällen sind das nur 2 Jahre) reicht oft nur aus, um richtig Deutsch zu lernen. Die verlangten schriftlichen Prüfungen in Mathe, Deutsch und Englisch sowie die Projektpräsentation sind dagegen für diese Jugendlichen kaum zu schaffen.

Für den VBE Hessen ist und bleibt das Ziel, alle Schülerinnen und Schüler zu einem Abschluss zu bringen. Allerdings darf das nicht um den Preis geschehen, dass die Anforderungen gesenkt und Abschlüsse entwertet werden. Stattdessen sollten spezielle Zertifikate eingeführt werden, mit denen die Schulen das vorhandene und feststellbare Wissen (beispielsweise in Mathematik und Naturwissenschaften) bescheinigen können – und zwar unabhängig von einem Schulabschluss, für den die Deutsch-Kenntnisse vielleicht nicht gereicht haben. Der VBE Hessen legt Wert darauf, dass alle „Seiteneinsteigerinnen“ und „Seiteneinsteiger“ beim Verlassen der Schule etwas in der Hand haben – und dass sie danach weiterhin Deutsch-Kurse besuchen können, um so die Schlüsselqualifikation für den Arbeitsmarkt zu erlangen.

6. Schulunterricht und Freizeit

- Die Schulträger müssen mehr Räume zur Verfügung stellen, um den Unterricht von Intensivklassen und Intensivkursen am Vormittag zu ermöglichen – und damit die Begegnungen aller Kinder im Schulgebäude, auf dem Pausenhof, auf dem Nachhauseweg. Denn gemeinsame Freizeit ist für die Integration und das Sprachenlernen so wichtig wie (Sprach-)Unterricht.
- Der VBE Hessen fordert das Sozialministerium aus demselben Grund auf, gemeinsam mit den Kommunen freizeitpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche zu organisieren und diese finanziell zu fördern.

- Im Gegenzug verwehrt sich der VBE Hessen gegen Bestrebungen aus dem Kultusministerium, zusätzlichen Deutsch-Unterricht in den Ferien einzuführen. Damit wird den Kindern und Jugendlichen nicht nur ihr Recht auf Erholung genommen, sondern auch eine weitere Chance für Integration in der Freizeit genommen.

7. Finanzierung

- Der VBE Hessen erwartet, dass das Land Hessen die nötigen finanziellen Mittel zur Erfüllung der oben aufgelisteten Forderungen aufbringt. Denn die Beschulung von Flüchtlingskindern und -jugendlichen ist nicht nur gesetzlich verankert, ihre Integration ist ein wichtiger Baustein für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.
- Die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer müssen unbedingt verbessert werden, um mehr junge Menschen für diesen Beruf zu gewinnen und zu halten. Die Wertschätzung für die Arbeit der Lehrkräfte darf sich nicht nur in politischen Reden, sondern muss sich auch in konkretem Handeln (Besoldung, Arbeitszeit) ausdrücken.
- Auf keinen Fall dürfen die Investitionen in den Unterricht für und mit jungen Flüchtlingen nun gegen andere Ausgaben für den Bildungsbereich aufgerechnet werden (z.B. für marode Schulgebäude, Digitalisierung, Inklusion).
- Auch die Schulträger und Kommunen müssen sich ihrer Verantwortung stellen. Bisher hängen die Bildungs- und Integrationschancen von Kindern und Jugendlichen zu stark davon ab, wo sie aufwachsen: In manchen Kreisen, Städten und Gemeinden sind die Schulen besser ausgestattet und mit Lern- und Lehrmaterialien, Sekretariatsstunden und Sozialarbeiterinnen / Sozialarbeitern versorgt als in anderen. Um hier einen Ausgleich für weniger vermögende Kommunen und Schulträger schaffen zu können, muss das im föderalistischen Prinzip verankerte Kooperationsverbot fallen.